

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Abholung vom Briefkasten, bei Bestellung ins Haus durch unsere Kurierleute in der Stadt und auf dem Lande außerdem Porto; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Beleggeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck anderer Originale ohne mit besonderer Erlaubnis des Verlegers. — Für Rückgabe ungelieferter Exemplare übernimmt wir keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
essentiell. Unterhaltungsblatt  
m. neuer. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Beilage oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf., für die übrigen 25 Pf., auswärtige pro Seite 20 Pf., im Halbjahres 40 Pf. Bei Familienreisen Satz entsprechende Vorkaufspreise für Extrablätter nach Vereinbarung. Für Anzeigen in der ersten Beilage besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. — Anzeigen für größere Geschäfts-Kreisläufe nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 47.

Freitag den 25. Februar 1910.

36. Jahrg.

## Zu den Beschlüssen der Wahlrechtskommission

Schreibt man uns aus parlamentarischen Kreisen: Die überraschenden Beschlüsse, die die Wahlrechtskommission gefaßt hat, sind ein Ausfluß des fraktionellen Eigenmutes und einer vollkommen politischen Stempellosigkeit auf Seiten der Urheber dieser Beschlüsse. Die Regierung hatte die Einführung der direkten Wahl vorgeschlagen, weil die indirekte Wahl sich gänzlich überlebt habe, dagegen die geheime Wahl als unannehmbar erklärt. Bis letzten Dienstag hatten auch die Konservativen die geheime Wahl für verfassungswidrig angesehen, gegen die direkte Wahl dagegen nur „Bedenken“ geäußert. Das Zentrum war mit der Regierung davon überzeugt, daß die indirekte Wahl ein Übel sei. Nun haben plötzlich die Konservativen die geheime Wahl für annehmbar erklärt, wenn man ihnen dagegen die indirekte Wahl zugeht, und das Zentrum hat sich hierzu herbeigelassen. Es ergibt sich hieraus mit Deutlichkeit — was jeder Unbefangene allerdings längst schon wußte —, daß der Widerspruch der Konservativen gegen die geheime Wahl nicht diejenigen Gründe hatte, zu denen man sich öffentlich bekannte, sondern lediglich die Aufrechterhaltung der eigenen Machtstellung bezweckte unter Hintanhaltung jeglicher Rücksicht auf die durch die Öffentlichkeit der Wahl bedrückten Volksteile. Nun haben die Konservativen bei genauerem Studium der Verhältnisse entdeckt, daß die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene sogenannte Durchzählung der Stimmen ihnen in zahlreichen Wahlkreisen gefährlich werden könnte, indem sie den Einfluß der größeren städtischen Wählerkörper vergrößert. Andererseits haben sie sich davon überzeugt, daß die geheime Wahl, wenn sie mit der indirekten Wahl verbunden wird, zum großen Teil ihnen dieselben Vereinigungen ermöglicht, die sie mit der öffentlichen Wahl bezwecken; denn der Wähler muß sich öffentlich ausstellen lassen, und es ist in den einzelnen Abteilungen der kleinen Urwahlbezirke gerade in beschrifteten Wahlkreisen auch bei geheimer Abstimmung sehr leicht möglich, zu wissen, wie der Urwähler gewählt hat. Daraufhin haben sie allen ihren moralischen Bedenken gegen die geheime Wahl den Abschied gegeben und im Verein mit dem Zentrum, das ebensofort zu rechnen versteht wie die Konservativen, die Regierungsvorlage in ihr absolutes „Begenetill“ verkehrt: nicht öffentlich, sondern geheim, dafür aber nicht direkt, sondern indirekt und statt der Durchzählung der Stimmen durch den Wahlbezirk Rückkehr zum alten „wohlbedachten“ System. Öffentlich wird die Zustimmung der Nationalliberalen zu diesem durchdringlichen Manöver keine endgültige sein. Es ist zu erwarten, daß das preussische Volk gegen dieses katalinavische Possenspiel sich mit noch stärkerer Entschlossenheit wendet, als gegen die Regierungsvorlage.

Das Abstimmungsergebnis über den Kompromißantrag der Konservativen und des Zentrums auf Beibehaltung der indirekten und Einführung der geheimen Wahl gestaltete sich in der Dienstagung der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses im einzelnen wie folgt: Gegen den Antrag haben gestimmt die drei Freikämmerer, drei Freikonservative (der vierte fehlte bei der Abstimmung), ein Pole und ein Sozialdemokrat. Die 16 für den Antrag abgegebenen Stimmen bestanden aus den Konservativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum. Vier Abgeordnete fehlten. Der Vertreter der Polen nahm die gleiche Stellung ein, wie die Freikämmerer; er wandte sich gegen die Verkopplung von geheimer und direkter Wahl und stimmte dann, als die Mehrheit auf dieser Verkopplung bestand, gegen den ganzen Antrag.

Das Zentrum läßt sich eine Hinterlist offen, um im letzten Augenblick immer noch entscheidend zu können. Die „Germ.“ setzt in einem Artikel, in dem sehr viel von „Prinzipien“ die Rede ist, im übrigen aber die Annahme des kombinierten Antrags als ein großer Erfolg des Zentrums „geprießen

wird, auseinander, daß es bei der zweiten Lesung in der Kommission noch anders kommen kann. Sie schreibt: „Wer weiß denn heute, wie die Regierung und die Parteien sich in der zweiten Lesung der Kommission oder in dem späteren Stadium der Verhandlungen stellen werden? Auch die Vertreter der Zentrumsfraktion in der Wahlrechtskommission haben vor ihrer Abstimmung ausdrücklich erklärt, daß dieselbe nur eine vorläufige sein werde.“

## Preußen und das Reich.

Jüngst hat der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhause darauf aufmerksam gemacht, daß Preußen bei der Einziehung und Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern etwa 12 Millionen Mark zusehe. Im Anschluß hieran wird offiziös aus Berlin geschrieben: Es ist nicht die einzige Ausgabe, die Preußen für das Reich opfert. Auf die Matrifalarumlagen, die etwa 30 Millionen Mark für Preußen betragen und die in dieser Höhe vorläufig auf 5 Jahre festgelegt wurden, soll dabei gar nicht verwiesen werden. Es gibt aber eine noch höhere Summe, die Preußen jährlich dem Reich darbringt, und zwar diejenige, die mehr an preussischen Eisenbahneinnahmen auskommen würde, wenn die Reichspost die Leistungen der Eisenbahnverwaltung für Zwecke des Postdienstes voll vergüteten würde. Das geschieht bekanntlich nicht. Noch in der letzten dem Abgeordnetenhause vorgelegten Übersicht über die Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung wird die Minderung der Einnahmen, die dadurch der letzteren erwachsen ist, für 1908 auf 41,3 Millionen Mark angegeben. Es wird berechnet, daß die Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung für die Postbeförderung 52,4 Millionen Mark betragen. Die von der Post an die Eisenbahn gezahlten Vergütungen einschließlich der Vergütung für die Gestaltung der Eisenbahnwagen zur Postbeförderung hat aber nur 11,1 Millionen Mark ausgemacht. Die Differenz zwischen beiden Summen ist für 1908 der Eisenbahnverwaltung an Einnahmen entgangen. Mit anderen Worten, Preußen hat im Jahre 1908 für das Reich diese 41,3 Millionen Mark geopfert. Es gibt auch noch weitere, in das gleiche Gebiet schlagende Summen. Beispielsweise kommt direkt und indirekt ein großer Teil der Summen, die für die Erhaltung des Deutschlands in den Ostmarken ausschließlich von Preußen ausgegeben werden, ganz Deutschland zugute. Es ist selbstverständlich, daß Preußen als führender Bundesstaat eine Reihe finanzieller Opfer bringt. Auch im Privatleben dringt Würde Würde. Aber einmal müssen diese finanziellen Opfer in gewissen Grenzen bleiben, weshalb es auch durchaus angemessen ist, daß wegen der vom Reich an Preußen zu zahlenden Vergütungen für die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern Verhandlungen schweben. Sodann ist es doch gut, in Zeiten, wie den gegenwärtigen, auf Opfer, die Preußen für die Allgemeinheit bringt, hinzuweisen.

## Wohnungsgeldzuschüsse in Preußen.

Eine parlamentarische Korrespondenz, die mit Vorliebe im konservativen Jahresschwamm, aber trotzdem vielfach unbescholen von liberalen Zeitungen abgedruckt wird, verbreitet die Meldung, daß eine Novelle zum Wohnungsgeldgesetz vorläufig dem Abgeordnetenhause nicht zugehen werde, da seitens einiger Fraktionen, namentlich der liberalen, dem Plane nicht zugestimmt worden sei, eine Ausgleichung zwischen der Wohnungsgeldbemessung im Reich und in Preußen herbeizuführen; diejenigen Beamten, die durch die Regelung zum 1. April 1910 bessergestellt worden wären, mügen nun ein Jahr warten.

Dies wird also den Liberalen die Schuld an dem Zurückkommen der Beamten zugeschrieben. Nach einer Mitteilung, die der „Magd. Zig.“ von liberaler Seite zuteil wird, ist diese Darstellung irreführend. Der Zustand wird vielmehr folgendermaßen geschildert: Es hat am vorigen Freitag im preussischen Finanzministerium eine Besprechung mit Vertretern der

Parteien des Abgeordnetenhauses stattgefunden. Diese ist auf den nächsten Freitag, also den 25. Februar, vertagt worden, und zwar nicht wegen Schwierigkeiten, die die Liberalen machten, sondern weil andere Parteimitglieder noch nicht zu Erklärungen ermächtigt waren. Vor der Besprechung vom nächsten Freitag kann man also von einer Entscheidung in der Sache noch nicht reden.

Daß von liberalen Abgeordneten einer glatten Annahme der Reichsbestimmungen über den Wohnungsgeldzuschuß Bedenken entgegengesetzt werden, ist allerdings richtig. Es geschieht das aber lediglich, um eine Deklafizierung der preussischen Orte zu verhindern. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die neu hinzuzuziehenden Beamten schlechter gestellt sein würden, als wenn die Orte eben nicht deklafiziert worden. Wenn demnach liberale Abgeordnete Widerstand leisten, so tun sie das im Interesse der Beamten, die in den vom Reich deklafizierten Orten Wohnung erhalten würden. Für das Verhalten der Liberalen ist irgend ein anderer Grund, als die Rücksicht auf die Beamten, nicht wirksam. Würden die Beamten nicht geschädigt, so könnten die liberalen Abgeordneten mit frohem Herzen für die Ausgleichung der Reichs- und der Staatswohnungsgeldzuschüsse eintreten.

## Blüte der Landwirtschaft.

Die Stimmen aus dem agrarischen Lager mehren sich, daß es der Landwirtschaft gut gehe und sie blühe. Das hat der Freiherr v. Helldorf kürzlich im preussischen Abgeordnetenhause unter verblüffendem Schweigen der Rechten ausgesprochen, das sagte ein agrarisch konservativer Führer des Wahlkreises Anklam-Demmin, von Schwerin-Hohenbrünzow, in dem vielfach der konservative Kandidat für die nächste Reichstagswahl gesehen wird, in der letzten Sitzung des Demminer landwirtschaftlichen Vereins. Das „Demminer Tageblatt“ berichtet darüber folgendes: „Rittergutsbesitzer von Schwerin-Hohenbrünzow kennzeichnet den hohen Einfluß des Wetters auf die Ackerbestellung, das Wachstum und das Erntergebnis der landwirtschaftlichen Produkte und gab dann eine Reihe von schätzenswerten Wintern für die Herbst- und Frühjahrbestellungen für die hiesige Gegend. Ein Ackerstand, der sich später leicht einmal bitter rächen könnte, sei das in den letzten Jahren auffallend hohe Ueberbleiben von Äufern und Wäldern bei Gelegenheitskäufen landwirtschaftlicher Betriebe. Ihr Wert werde dabei auf der Grundlage der gegenwärtigen Konjunktur eingeschätzt. Diese Unvorsichtigkeit können den Äufern und Wäldern leicht zum Verderben werden. Bei dem Auf und Ab der Preise könne sehr leicht wieder ein Jahrzehnt kommen, wo sich die die Landwirtschaft im Niedergang befinde. Die letzten Jahre seien der Landwirtschaft günstig gewesen, möchten noch viele solche folgen.“ Einem Widerspruch sind diese intercellanten Ausführungen offenbar nicht begegnet. Es ist auch bemerkenswert, daß Herr v. Schwerin sehr wohl die Gefahr der jetzigen hohen Kauf- und Pachtpreise der Güter erkennt und schildert. Sollte ihm die Ursache für diese richtig beobachtete Tatsache nicht auch bekannt sein? Sollte er nicht den Zusammenhang zwischen den durch unsere Hochkonjunktur künstlich in die Höhe getriebenen Produktpreisen und der schädlichen Preissteigerung für Grund und Boden eingesehen haben? Aber wirklich, selbst wenn man es erkannt hat, in agrarischen Kreisen „sagt man so etwas nicht.“

## Der neue Vertrag betreffend die Gotthardbahn.

Der am 13. Oktober 1909 zwischen dem Deutschen Reich, Italien und der Schweiz abgeschlossene ist, ist dem Reichstage zur Beschlußfassung unterbreitet worden. In der dem Vertrag beigefügten Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß der Übergang der Gotthardbahn aus

dem Eigentum einer Privatgesellschaft in den Besitz der schweizerischen Eidgenossenschaft eine Abänderung der seinerzeit abgeschlossenen internationalen Rechtsverhältnisse notwendig gemacht ist.

In dem neuen Vertrag sind in dem alten Vertrag enthaltenen Verpflichtungen hinsichtlich der Betriebsführung und der Lärme im wesentlichen beibehalten und in wichtigen Beziehungen auf das Gesamtwerk der schweizerischen Eisenbahnen ausgedehnt worden. Insbesondere gilt letzteres von der bisher nur der Gotthardbahn Gesellschaft obliegenden Verpflichtung, den deutsch-italienischen Verkehr über den Gotthard in tariflicher Beziehung ebenso günstig zu behandeln, wie den Verkehr eines jeden anderen Bahnnetzes. Durch eine neue Bestimmung ist außerdem die Verpflichtung gestellt worden, daß für den Gotthardverkehr keine höheren Tarifeinheiten gerechnet werden dürfen, als auf den anderen bereits bestehenden oder noch zu bauenden Alpenübergängen. Die bisherige Höchstbegrenzung der Einheitsätze im Güterverkehr wird durch die Verpflichtung zur Nichterhöhung der jetzt tatsächlich in Geltung befindlichen niedrigeren Tarife ersetzt. Die Ansprüche auf Gewinnbeteiligung, die Deutschland und Italien zufließen, werden von der Schweiz durch weitere Zugeständnisse auf tariflicher Gebiet abgelöst. Ferner verzichten die Bundesbahnen auf den bisher besorgten Vorkauf, die billigen Transitfrachten nur auf dem kürzesten Transportwege zur Verfügung zu stellen, sie gewähren diese Tarife künftig für alle Übergänge nach Deutschland. Weiter hat sich die Schweiz verpflichtet, die Beamten und Arbeiter deutscher und italienischer Staatsangehörigkeit, die in den Diensten der Gotthardbahn gestanden haben, in den Dienst der Bundesbahnen zu übernehmen, ohne ihnen die Verpflichtung zur Erwerbung der schweizerischen Staatsangehörigkeit aufzuerlegen. Endlich hat sich die Schweiz für den Fall der Elektrifizierung der Gotthardbahn verpflichtet, die Materiallieferungen auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibungen zu vergeben und damit die deutsche und italienische Industrie zum Wettbewerb zuzulassen. Bei den übrigen Materiallieferungen für das Gotthardbahnnetz soll die bisher von den schweizerischen Bundesbahnen beobachtete Praxis beibehalten werden, wonach im Submissionsverfahren Aufträge für Lieferungen auch an ausländische Unternehmer vergeben werden. Schließlich ist eine Schiedsgerichtsbarkeit für den Fall vorgegeben, daß sich über die Auslegung oder die Anwendung einzelner Bestimmungen der Abmachungen Meinungsverschiedenheiten ergeben.

Der neue Vertrag soll am 1. Mai 1910 in Wirksamkeit treten mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen von 1. Mai 1909 rückwirkende Kraft haben sollen. Diese Bestimmung hat die Bedeutung, daß sich die Vertragsstaaten schon vom 1. Mai 1909 an (dem Tage des Übergangs der Gotthardbahn auf den Bund) an die Vorschriften der neuen Abmachungen für gebunden erachten.

### Die Verfassung für Bosnien und die Herzegowina

Ist innerhalb dieser Tage durch die Amtsblätter in Wien, Budapest und Sarajewo bekanntgegeben worden.

Das Landesstatut für Bosnien und die Herzegowina bestimmt, daß diese Länder ein Verwaltungsgelände bilden, das unter der Leitung und Oberaufsicht des gemeinsamen Ministeriums steht. In die Kompetenz des Landtages fallen die inneren Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina, sowie auch das Budgetrecht, während Fragen, die die Interessen Österreichs und Ungarns oder der ganzen Monarchie betreffen, nicht in seinen Wirkungsbereich gehören. Die Gesetzentwürfe des Landtages bedürfen der kaiserlichen Sanction, nachdem die Regierung der beiden Staaten der Monarchie vorher ihre Zustimmung zu ihnen erteilt haben. Der Landtag wird in der Regel einmal im Jahre vom Kaiser einberufen. Der Kaiser ernannt alljährlich aus den Mitgliedern des Landtages drei Hauptkommissionen des Landes und zwei Vizepräsidenten. Jede der drei Hauptkommissionen des Landes muß in der Besetzung von vier Mitgliedern bestehen. Die Geschäftsordnung des Landtages enthält präzisere Bestimmungen für die Beratungen des Landtages. Der Präsident kann die Ausschließung der Abgeordneten von den Beratungen bis zu 14 Tagen verfügen. Die Ausschließung der Abgeordneten für die Dauer der ganzen Session unterliegt dem Beschluß des Landtages. Es wird volle Immunität der Abgeordneten gewährleistet. Die Abgeordneten besitzen Tagee der von 15 Monaten.

Hinsichtlich der Angelegenheiten, an denen außer Bosnien und der Herzegowina auch einer oder beide Staaten der Monarchie interessiert sind, wird ein neuerrichteter, durch den Landtag aus seiner Mitte gewählter Landesrat eingerichtet. Der Landesrat ist ein Beratungskörper mit konsultativer Stimme, welcher durch die Regierung der beiden Staaten zur Vermittlung des gemeinsamen Weges an beide Staaten Vorstellungen richten kann. Im Landesrat sind die Konfessionen des Landtages proportional vertreten.

Die Grundprinzipien der allgemeinen bürgerlichen Rechte, bezuglich in Bezug auf die Rechte vor dem Gesetz, Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der nationalen Eigentum und Sprache, Pressefreiheit, Freiheit der Wissenschaft, Petitions- und Verfassungsrechte, sowie auf die Wahl der Brief-, Post- und Telegraphengebühren werden gesetzlich gewährleistet. Die Wahlordnung, welche für die 72 gewählten Abgeordneten festgelegt ist, ist das Dreiklassenwahlrecht auf konfessioneller Grundlage, in der zweiten und dritten Klasse allgemeinen

direktes Wahlrecht. Die Mitglieder des Landtages sind: 20 Christen darunter die Hälfte katholischer Konfessionen; 2, 72 gewählte Abgeordnete. Jede der drei Hauptkonfessionen wählt die auf sie nach der Bevölkerungszahl proportional entfallende Zahl Abgeordnete für sich, wodurch der Schutz der Minderheiten gewährleistet wird. Demnach sind für Katholiken 16, für Serben 24, für orthodoxe Christen 16, für Juden 4 und für Muslime 2 Mandate festgesetzt. Die Wahlzeit fällt mit der Veröffentlichung der Landesstatuten und der Veröffentlichung der Gesetze über das Vereins- und das Versammlungsrecht, sowie eines Gesetzes über die Bezirksräte. Die ersten Entsprechungen den in Österreich und Ungarn bestehenden. Der Bezirksrat ist zur Teilnahme an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten des Bezirkes berufen. Die Mitglieder des Bezirksrates werden von den Wahlberechtigten des ganzen Bezirkes gemäß und die Mandate nach der Stärke der Konfessionen verteilt. Zu dem Wirkungsbereich des Bezirksrates gehört die Wahrung der kulturellen und ökonomischen Interessen des Bezirkes unter Ausschluß von politischen, konfessionellen oder Nationalitätsangelegenheiten.

### Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Der Rücktritt des deutschen Landmannministers Schreiner unmittelbar vor Wiederbeginn der Reichsratsverhandlungen ist, wie ich herausfand, kein freiwilliger gewesen. Dr. Schreiner ist ein Opfer christlich-sozialer Intrigen geworden, er war der Auserwählteste der Sozialisten in der Vertretung der deutschen Interessen gegenüber den Tschechen, Polen usw. Der deutsche Volksrat für Böhmen erläßt in der „Bohemia“ eine Kundgebung, in der aus Anlaß der Demission Schreiners gegen den Führer der Christlich-Sozialen Gschmann heftige Vorwürfe erhoben werden und erklärt wird, daß kein Deutscher nach Schreiner das Landmannministerium übernehmen dürfe. Der Kaiser hat die Demission des Ministers Schreiner unter dem Ausdruck des warmsten Dankes für dessen hingebende Tätigkeit angenommen.

**Frankreich.** In parlamentarischen Kreisen verläutet, falls das Budget, das Gesetz über Arbeiterrenten, das Marineprogramm und die Vorlage über die Entlohnung der Apachen aus der Armees des Mutterlandes rechtzeitig erledigt würden, hoffe die Regierung die Session am 19. März, spätestens am 24. März, schließen und die allgemeine Kammerwahlen für den 24. April auszusprechen zu können. — Der ehemalige Minister Villieus Caroz präsidierte am Dienstag der Wahlkommission des Senats, in der der Schutz des Wahlgeheimnisses auf der Tagesordnung stand. Ein Kommissionsmitglied ließ dem Präsidenten zu, er wolle hier über alle Welt das Reglement führen. Villieus Caroz fragte, ob man vor den Wahlen gehen habe, machte sich aber dann zurück und der Senator Ventillac und sagte: Wenn Sie es gemacht sind, dann haben Sie gelogen. Ventillac schied ihm darauf seine Zeugen. Villieus Caroz hat seine Demission als Präsident der Kommission gegeben.

**England.** Die Adressdebatte im Unterhaus wurde am Dienstag fortgesetzt. Die Adresse der Regierung wurde einstimmig angenommen. Die Partei die vollstündige Abschaffung des Oberhauses wünsche, er bereit sei, Schritt für Schritt vorzugehen, solange man nur auf das Ziel losstreue. Barnes schlug sodann vor, nach der Annahme des alten Budgets, die auch die Arbeiterpartei wünsche, geschloß das Oberhaus vorzugehen, bevor die Voranschläge für das nächste Finanzjahr und das neue Budget vorgelegt werden. Zum Schluß drängte Barnes die Regierung, die bezügliche Zustimmung zu geben. O'Brien, unabhängiger Nationalist, griff Redmond heftig an wegen seiner Stellungnahme gegenüber dem Budget und erklärte, er für kein Irland vordringendes Ziel, nicht zuzustimmen. Handelsminister Churchill besetzte die Auffassung, als hätte man die Aufhebung des Budgets als Mittel zur Verwirklichung einer Verfassungsänderung bezogen. Es sei ein wichtiges Zustimmungsmitel, den Versuch zu machen, auf die Vorrede in der Befragung darüber einen Druck auszuüben, das man ihnen drohe, sie sollten das Budget überhaupt nicht mehr erhalten. Die Regierung betragte die Annahme des Budgets als notwendigen Beweis ihrer Stärke. Das Haus habe indessen ein Recht darauf, beschloß der das Votumrecht des Oberhauses betreffende Resolution informiert zu werden, bevor die endgültige Zustimmung über das Budget erfolge. Die durch dieses Vorgehen bedingte Verzögerung sei, soweit es sich um die finanzielle Lage handelte, unbedeutend. Churchill erklärte, zum Schluß auf die Frage der Garantie von Pensionen darüber aus, daß die Regierung die Bestimmungen von Pensionen aufzuklären bevor nicht der bestimmte Minister sagen könne, daß er über eine große Majorität verfüge, welche die das Oberhaus betreffenden Voranschläge unterließe. „Wir werden unsere ganze Existenz dafür einsetzen, um diese Voranschläge zum Gesetz zu machen.“ Im weiteren Verlauf der Debatte kritisierten die Mitglieder der Opposition anerkennen, daß die Regierung sprechen ihre Bedenken äußerte habe. Hodgson schlug vor, daß das Kabinett zurücktreten solle; Balfour würde es ablehnen, die Regierung zu übernehmen, und Lequith könnte sich dann weigern, sie ohne genügende Garantie weiterzuführen. — In Regierungskreisen gilt nach der „Mag. Ztg.“ ein Konflikt mit der Krone für unermesslich. Eine einseitige Waffenspannung hat sich der Krone einer derartigen Maßnahme widerlegen, so muß das Kabinett Lequith zurücktreten. Hierdurch entfällt die Gefahr, daß die Krone in den nächsten Wahlkampf hineingezogen würde. Die radikale Gruppe der Regierungsmehrheit bereitet bereits den Kampf gegen den König vor.

**Spanien.** Das Verbot der Veröffentlichung von spanischen Korrespondenzen gemeldet wird, daß König dem Ministerpräsidenten übergeben; das wurde es erst in zehn bis zwölf Tagen veröffentlicht werden. Das Verbot werde die letzten Bedenken jener Liberalen beseitigen, die noch zögern, sich dem Ministerpräsidenten anzuschließen.

**Türkei.** Der Senat beschloß die Verhängung der Rechte der Krone sowie Wiederbestellung der Verfassung von 1876 nicht der Kommission zu überweisen, und nahm weiter einen Beschlusentwurf der Regierung an, im Programm für

die Marinebauten auch den Bau von Unterseebooten vorzusehen. — Ein erster türkisch-bulgarischer Zwischenfall hat sich wieder einmal ereignet. Am Montag griff der türkische Grenzposten den bulgarischen Posten bei Kilkovo in der Nähe von Zarnitsa an, um ihn zu entmannen, und erstreckte gleichzeitig das Feuer, das von dem bulgarischen Posten auf die Türken ausging, auf die benachbarten bulgarischen Grenzposten. Am Dienstag wurde das Schießen wieder aufgenommen, wobei die Türken auch Artillerie verwendeten. Während das Mänetli ein Ende. Der Kommandant des 21. bulgarischen Regiments wurde beauftragt, sich an Ort und Stelle zu begeben, um dort eine Unterhandlung einzuleiten. — Die hochzeitliche Feierlichkeiten zum türkischen Feiertag „Sabah“ zufolge sind bei dem Zwischenfall auf türkischer Seite ein Korporal und ein Soldat getötet worden.

**Griechenland.** Die Lage bleibt trotz aller amtlichen Beschönigungsversuchen aus Nigen gefährlich. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Aktion der Armee in der Provinz Thessalien auf die Unabhängigkeit der Provinz von Griechenland auszuführen wird.

**Marokko.** Der französische Minister Pichon empfing am Dienstag G. Motri, der ihm den am Montag von S. ben Ghabrit angeforderten Brief des Sultans Mulay Hafid überreichte, der die Ratifikation der von dem marokkanischen Gesandten unterzeichneten Abkommen enthält. Im Ministerrat teilte Pichon mit, daß die Ratifikation der Abkommen gelang, was dem Augenblick nach Frankreich, was die vom Gesandten Regnault angeforderten Voten, die dem Sultan eine Bedenkzeit von 48 Stunden setzen sollten, auf dem Wege nach Fez seien, wo sie Dienstag oder Mittwoch eintreffen würden. Die Mitteilung, die sie dem Sultan zu übergeben hätten, solle außerdem nicht bloß die Ratifikation der Abkommen, sondern auch die türkische Zustimmung für sich sichern. Die Vollmachten zur Zeichnung der Abkommen, die Einreichung einer Kontrolle und die Regulierung der Lage der französischen Militärmission zum Gegenstande. Der Minister sprach die Übergang aus, es sei unter diesen Umständen kein Grund vorhanden, den Vertreter Frankreichs in Marokko neue Zutrittorten zu geben über Mittelungen, die dem Sultan zu machen sind.

**Ägypten.** Die der „Mag. Ztg.“ aus Kairo gemeldet wird, dauern die Massenverhaftungen von Mitgliedern der Nationalpartei fort. Es sind bereits mehr als 100 Verdächtige verhaftet, darunter auch viele Frauen. Die englische Polizei entwirrt eine fieberhafte Tätigkeit; man beschlagnahmt Unterlagen auf englische Verbrechen in Nordamerika. Für die W. A. O. P. hat der Präsident der Central Labour Union den allgemeinen Aufruf und proklamiert als Sympathiebeweis für die ausländischen Straßenbahnangehörigen. Man glaubt, daß 10000 Mann dieser Aufforderung nachkommen werden. Die Streikauflösung des Präsidenten der Central Labour Union erreicht sich nur auf die in der Stadt selbst lebenden Arbeiter. — Auch im Laufe des Bestandes der großen Demonstrationen. Dabei wurde ein älterer Mann, der mit den Streikenden in gar keiner Beziehung stand, auf der Straßendamm gebrannt und durch Überfahren getötet.

### Deutschland.

Berlin, 24. Febr. Der Kaiser nahm Dienstag vormittag im königlichen Schloß zu Berlin die Vorträge des Chefs des Militärabteils und des Chefs des Admiralstabs der Marine entgegen. Mittwoch vormittag hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs des Zivilabteils, des Kriegsministers v. Heringen, des Chefs des Generalstabs der Armees v. Moltke, des Chefs des Militärabteils und des Chefs des Ingenieur- und Pionierkorps v. Beseler. Außerdem sprach der Kaiser beim Reichskanzler vor. — Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin haben gestern nachmittag um 3<sup>1/2</sup> Uhr in Kronprinzlicher Palais den Grafen Lehtenthal empfangen.

— (Graf Lehtenthal) empfing am Mittwoch vormittag in seinem Hotel den Besuch des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg. Der Besuch des Reichskanzlers beim Grafen Lehtenthal währte 1/2 Stunden und wurde zu ausführlicher gegenseitiger Aussprache der beiden Staatsmänner benutzt. Wie von Teilnehmern an dem Diner beim Reichskanzler verlautet, war der Verlauf des Diners und der gegenseitige Meinungsaustausch nachher besonders angeregt und herzlich. — Der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Ledersfeld, gab am Mittwoch um 12 Uhr ein Frühstück, zu dem u. a. geladen waren: Graf Lehtenthal, Wostschast von Zoggeny-Warich, Gesandter Freiherr von Warmbühler und Staatssekretär Dernburg.

— (Hauptmann von Caprioli) im Kaiser Franz-Grenadierregiment Nr. 2 ist zum diensttuenden Flügeladjutanten des Kaisers ernannt worden.

(Abgeordnete) v. Babel ist aus Anlaß seines 70. Geburtstags der Segenshaft abtreibender Eruingen gewesen. Am Dienstagabend veranstalteten Vorstand, Generalkommission und Reichstagsfraktion der Partei eine Feier im engeren Kreise, zu der Delegierte der zentralen Innungen der Berliner Partei- und Gewerkschaftsbewegung, der Redaktionen des „Vorwärts“ und des „Neuen Zeit“, der Parteifunktionäre und preussischen Landtagsfunktionäre, der Abgeordneten und preussischen Landtagsfunktionäre hinzugezogen waren. Die Gesessenen Viktor Adler und Jules Guesde, die gerade in Berlin weilten, nahmen gleichfalls an der Feier teil. Guesde hielt die Festrede, worauf Genosse Viktor Adler die Glückwünsche der österreichischen Sozialdemokratie darbrachte. Für die französische Arbeiterpartei sprach Genosse Jules Guesde, französische Arbeiterpartei sprach Genosse Jules Guesde, dessen Rede die Genossen mit dem Wort „Im Namen der Generalkommission feierte Döblin den Jubelgruß. — Auch in Paris wurde eine Belebter veranstaltet, in der Abg. Dr. Frank über „Rebel als Mensch und Politiker“ und Genosse Jaurès über „Rebel und die Internationale“ sprachen.



**Schleiferei**  
**H. Mehls, Markt 13,**  
 seit 1850 in Merseburg,  
 empfiehlt sich zum  
 Schleifen von Rasiermessern,  
 Scheren, Tischt-, Tafelmessern usw.  
 Garantiert gute Arbeit.



**Nordseehalle.**  
 Telefon 333. Merseburg. Entenplan 9.  
 Billigste Bezugsquelle  
 für Seefische.  
 Empfehlung täglich große Zufuhren  
**Schellfische,**  
**Cabliau,**  
**Seelachs.**

**Grüne Heringe**  
 2 Pfund 25 Pfennig.

**Bücklinge**  
 Kiste von 1,10 Mark an.  
 Fämtliche Küchengeräten in nur 1a-  
 Qualitäten zu billigen Preisen.

**Apfelbäume**  
 und **Kirschbäume**  
 empfiehlt in guten Sorten preiswert.  
**A. Münch, Handeltgärtner.**

**Südstern-  
 Teerschwefel-  
 Seife**  
 älteste, allein echte Marke v.  
**Bergmann & Co.,**  
 Berlin, beseitigt absolut alle  
 Sauunreinigkeiten u. Aus-  
 schläge, wie Pocken, Sinnen, Blüthen, Haut-  
 liden u. Haut. Wund. Dr. St. 60 Pf.  
 Dom-Pl. Stadt-Pl. H. Wirth, Seif.-Fabr.



Frisch eingetroffen:  
**extra starke Hasen,**  
 a Stück Mark 3.75 ohne Klein,  
 auch geteilt,  
**grosso wilde Kaninchen**  
 a Stück Mk. 1.20,  
**Ia. Reh- und Damhirsche,**  
**Rüben, Keulen und Blätter,**  
**Kochfleisch a Pfund 30 Pf.,**  
**Dirkhähne und -Hennen,**  
**Schneehühner,**  
**Puter und Puthennen,**  
**französischen u. deutsche Boullarden,**  
**Poulets, junge Tauben,**  
**Kochhühner,**  
**große junge Wackelhähne**  
 a Stk. 2.75—3.00,  
**Ia. lebend. böhm. Spiegelfarphen,**  
 Schelen  
 empfiehlt **Emil Wolf.**

**Weisses Papier**  
 zu Einwickel werden,  
 à Zentner Mark 9.—,  
 liefert  
**Merseburger Buntpapierfabrik.**

**Fleischend**  
**fette Matjes-Heringe,**  
**hochfeine Malta-Kartoffeln,**  
**frischen russischen Salat**  
 empfiehlt **G. L. Zimmermann.**

**Thüringer Hof.**

Barriere-Saal rechts.  
 Täglich  
 Konzert des Damenorchesters „Albina“.  
 Entree frei.

**Reichskrone.**

Heute Donnerstag den 24. Februar  
 nochmals auf Wunsch

**Gross. karnevalistischer Abend.**

Hochachtend **Magdalena Koietzsch.**



Dienstag d. 1. März, abends 8 1/2 Uhr,  
 im großen Saale des „TIVOLI“  
**Öffentlicher Vortrag**

über das Thema:  
**Das Entfaden in gesundheitlicher und  
 ästhetischer Bedeutung**

erläutert durch ca. 60 Lichtbilder.

Redner: Herr Schriftsteller **Gustav Möckel** Berlin-Steglitz.  
 Eintritt für Nichtmitglieder 30 Pf.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedskarte am Saaleingang vor-  
 zulegen. Der Vorstand.

**Jede  
 sparsame Hausfrau**

verwendet heute

**Steinbachs**

**Wasch-Extrakt.**

Rote Packung mit den 3 Spaten.

Garantiert reines Fabrikat, macht die Wäsche blendend weiss.

**1 Pfund = 20 Pfennige.**

Man achte genau auf **Firma** und **Schutzmarke.**

**F. E. Steinbach, Leipzig.**



**Buttercrème**  
 Puddings, sowie alles Butter-Gebäck  
 geraten vorzüglich mit  
**Siegerin**  
 oder  
**Mohra**  
 Delikatess-Margarine. Die beliebtesten  
 Butter-Ersatzmittel, in hunderttausend-  
 den Familien ständig im Gebrauch.  
 Überall erhältlich!  
 Alleinige Fabrikanten:  
**A. L. MOHR** G. m. b. H.  
 ALTONA-BAHRENFELD.

**Pa. helle Trockenschmelze**  
**Carl Eckardt.**  
 offeriert billig!

**Laborant oder Werkmeister**  
 welcher durchaus selbständig arbeiten kann und mit der **Fabrikation** von  
**Extrakten** und **Farben** **speziell** für **Zuckerwaren** und **Konditoreien**  
 vollständig vertraut ist, von bedeutender **Essenzenfabrik** per bald oder  
 später gesucht. Gefällige **Offerten** sub **F. G. 535** an die **Expedition**  
 dieser Zeitung.

**Menzels Restauration.**

Sonnabend **Schlachtfest.**

**Hubolds Restauration.**

Freitag **Schlachtfest.**

**W. Alleritz, Amtsbäuer 17.**

**Ein Kind**

ist in Pflege zu geben  
 Kleine Ritterstraße 3.

**Wäsche**

wird zum Waschen angenommen und auf  
 Wunsch abgeholt **Send 22. part.**

**Kinderkleider**  
 sowie **Konfirmationskleider**  
 fertigt sauber und billigst an  
**Fr. Eckardt, Breite Straße 22 I.**

**Suche für meine Tochter,**  
 15 Jahre alt, welche schon geübt hat,  
 Stellung als besseres Kinder- oder Stuben-  
 mädchen sofort oder 1. April. Gefl. Offert.  
 erbitte nach **Annenstraße 55, part.**

**Junges Mädchen vom Lande,**  
 17 Jahre alt, sucht Stellung zum 1. April.  
 Näheres in der Exped. d. Bl.

**Einen zuverlässigen Knecht**  
 sucht  
**Ed. Koch, Berndorf bei Körbitzdorf.**

**Lehrling**  
 unter günstigen Bedingungen gesucht.  
**R. Hetschold, Dachdeckermeister.**

für mein stationalwaren engros- und  
 detail-Geschäft mit Nebenbr. suche ich zu  
 Dornen einen

**Lehrling**  
 mit guter Schult. unter günst. Bed. Off.  
 unter **C O 110** an die Exped. d. Bl.

**Drechslerlehrling**  
 gesucht. **A. Pitzschker.**

Zu Dornen werden einige Plätze für  
**Klavierschülerinnen**  
 frei. Offerten unter **G W 23** an die  
 Exped. d. Bl. erbeten.

**Chombo-Schutz für Damen**  
 Aussehender **Fransoborn.**  
 Prospekt und Näheres durch Fachschicht  
**Dr. S. Ehrler, Halle a. S., Mühlweg 20**

**Eine Frau für Gartenarbeit**  
 sucht **Westphal, Ed. Großes Garten,**  
 Nordstraße.

**Geübte Weissnäherin**  
 für einige Wochen aufs Land gesucht. Zu  
 erfragen **Gathof vater Orlsch.**

**Junges Mädchen, welches Lust hat die**  
**Blumenbinderei zu erlernen,**  
 sofort oder später gesucht.  
**H. Kocendorf, Blumengeschäft,**  
 Gottbardstraße 86.

**Junge Mädchen,**  
 welche das Weinnähen u. Zuschneiden  
 gründl. erlernen wollen, können sich melden.  
 Ferner wird Wäsche zum Nähen ange-  
 nommen, sowie ganze Ausstattungen prompt  
 und sauber hergestellt.

**Friedrichstraße Nr. 12, I.**

Suche 1 März  
**einfache Stütze,**  
 ferner viele Mädchen für Bier- und Halle,  
 die billigerliche Stütze decken, bei hohem  
 Lohn für einzelne Herrschaften, sowie  
 Wäsche aufs Land.  
 Frau **Doris Wengler, Stellenverm.,**  
 Breitenstraße 10

**Ein Mädchen**  
 zum 1. April gesucht.  
 Fr. **A. Scholz, Gottbardstraße 84.**

**Ein ordentliches ehrlches Mädchen**  
 wird per 1. April 1910 gesucht  
**Neumarkt 30.**

Ein älteres kräftiges  
**Dienstmädchen**  
 wird zum 1. April bei hohem Lohn ge-  
 sucht von  
 Frau **Herrfarth, „Strandbäckchen“.**  
**Hierzu eine Billage.**

Zur Wahlrechtsbewegung.

Die Protestkundgebung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage ist nun nach nächsten Sonntag, mittags 12 Uhr, nach dem Zirkus Busch in Berlin einberufen. Die Einladung weist hauptsächlich die Namen feierlicher Redner und Männer der Kunst und Wissenschaft auf. Erwähnt seien folgende: Prof. Alberti, Prof. Dr. Anshütz Paul Gaffner, Pfarrer Falk, Pfarrer Franke, Dr. Ludwig Fulda, Prof. Dr. Zalkow, Präsident des Deutschen Handwerksrats Kämpf, Stadtverordnetenvorsteher von Charlottenburg Kaufmann, Prof. Dr. Lindau, Prof. Dr. v. Listz, Prof. Paul Meyerheim, Geh. Regierungsrat Prof. Munt, Prof. Dr. Orth, Prof. Dr. Hugo Preuß, Stadtverordnetenvorsteher von Schönberg Reinbecher, Prof. Mor. Stechow, Prof. Dr. Siegel, Friedrich Spielhagen, Director F. Stern, Justizrat Stranz, Major Diez, Prof. Dr. Krause, Prof. Dr. Waldbeyr. Von rechtsstehenden Politikern hat der Obermeister der Tischlerinnung Waldart unterschrieben.

Aber die Zusammenkünfte der Wahlrechtsdemonstranten in Halle a. S. mit der Polizei am Sonntag, den 13. Februar, veröffentlicht die dortige Polizeiverwaltung jetzt eine amtliche Darstellung. Daraus geht hervor, daß ein Polizeiwachtmann und acht Polizeisergeanten von lausproben Steinen getroffen, und daß Tüchlichkeiten anderer Art gegen elf weitere Polizeibeamte ausgeübt wurden. In sieben Fällen mußte mit der Waffe eingeschritten werden, nachdem die dreimalige Aufforderung zum Auseinandergehen erfolglos geblieben war. Infolge der Beteiligung an den Unfällen ist das Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, gegen 33 Personen wegen Aufzugs bzw. Aufzuges, gegen 31 wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen, gegen 11 wegen Verübung großer Unruhe, gegen 9 wegen Beamteneubelidigung, gegen 2 wegen Widerstandes und gegen eine Person wegen Gefangenbefreiung.

Wie die Sozialdemokraten den Wahlrechtskampf fördern, zeigt ein Bericht der sozialdemokratischen Fronten. „Volkstimme“ über die groß freisinnige Wahlrechtsversammlung, die vor einigen Tagen in Sana a. hatgefunden hat und in der Schiller deschüler der Redner des Worts war. Die Versammlung war von etwa 500 Personen besucht und nahm einen geschäftigen und begeisterten Verlauf. Selbst der konservative „Hanauer Anzeiger“ sah sich genötigt, die Tatsache anzuerkennen, obwohl der Redner ihn und den Konserwativen über mitgeteilt hatte. Umgekehrt hatte sich der Redner jeden Angriff auf die für eine Wahlrechtsreform wirkenden Parteien im Leben. Auch gegen die Sozialdemokratie hatte er kein Wort der Kritik gerichtet. Nur als in der Diskussion ein Herr den Redner interpellierte, wie er über das Wesen und die Voraussetzungen des Klaffengegensatzes in seiner Beziehung auf Kapital und Arbeit denke, gab Schiller einige wissenschaftliche Betrachtungen über die Entstehung des Kapitals, über die Marx'sche materialistische Geschichtstheorie, über das kapitalistische eberne Wohngeiz und die Verelendungstheorie im kommunistischen Manifest. Jene die Angriffe gegen die politische Sozialdemokratie waren damit nicht vernünftig, weil es dem Redner nicht möglich erschien, die Macht des Kampfes gegen die Wahlrechtsvorlage im eigenen Lager der Angreifer abzumildern. In der Tat wurde dann als eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Wahlrechtsvorlage rechtlich eine „unerbörte Mißhandlung der berechtigten Forderungen des Volkes“ genannt und rund und nett die glatte Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen verlangt wird. Dafür wird nun in der Fronten „Volkstimme“ unter der liebevollen Überschrift „Wahlrechtsklagen“ gelogen, es sei eine „nichtsagende“ Resolution angenommen worden. Die Beschlüsse der Versammlung wird unangenehm auf nur 150 bis 170 Personen angegeben, wovon aber 50 „Arbeiter“, soll heißen: Sozialdemokraten, gewesen seien. Schiller wird „Gronischer Durchfallskanalbid“ genannt, der aber „vor dem Spiegele seine Rolle gut einstudiert“ und unterschiedenes „Talent zum Wägen“ habe. Er sei jedoch ein „hohler Schwäger“, der sich nicht scheut habe, „mit den Wahlrechtsfeinden zu partizipieren, um erprobte Wahlrechtskämpfer aus dem Innerparlament zu wühlen“. Für ihn seien „halbwegs denkenden Menschen“ sei es ein „Famulus“ gewesen, seinen „Anspruch mit anzuhören“. Außerdem wird Schiller des Vortrags und langer gefühlvoller Ausführungen geziehen, hingegen habe er den Willen-Wort „mit seiner volksfeindlichen Äußerung“ gelobt. — Diese nichtsnutzigen Angriffe geben eine treffliche Illustration zu der neuerlichen Bemerkung des Reichstagspräsidenten über die „Falsche“ Taktik der Sozialdemokraten. Im Wahlkreise Sana a. Weinhausen-Och hat Herr Schiller auch noch am Donnerstag und Freitag Vorträge gehalten, und zwar am Donnerstag in Wächtersbach und am Freitag in Fegelhelm. In Fegelhelm kam es zu einem scharfen Zusammenstoß mit den Sozialdemokraten, weil dem Redner eben vor Beginn eines Vortrags noch die Fronten „Volkstimme“ mit dem verlogenen Bericht über die Sana a. Versammlung überreicht werden konnte. Dafür haben die Sozialdemokraten die Wahrheit recht gründlich zu hören bekommen, wogegen all ihr Ränne nicht half. Schließlich kam aber die Versammlung in einen ruhigen Verlauf. Als am Schluß ein besonders ungebührlicher Gemöhs zum Verlassen des Saales aufforderte, folgten ihm etwa ein Dutzend Personen. Dann wurde die Resolution in dem Saale einstimmig angenommen. Das freisinnige Leben in dem

Wahlkreise hat durch die vier Versammlungen gute Anregungen erhalten.

Aber das Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Wahlrechtskundgebungen in Frankfurt a. M. wurden in der Stadtvorversammlung am Dienstag von den Sozialdemokraten und Demokraten Anfragen an den Magistrat gerichtet. Oberbürgermeister Widies gab eine längere Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Aber die außerordentlich belagerten Vorgänge am 13. und 17. d. M. haben eingehende Besprechungen zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat herbeigeführt, in denen erörtert einerseits die Notwendigkeit politischer Einschreitens gegen den Widerständiglichten und Ungehorsamkeit betont, andererseits wiederholt seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, die ihm vortragenen Beschwerden über angebliche Mißgriffe einzelner Polizeioffiziere zu prüfen, und falls das Ergebnis der Untersuchung es erfordert sollte, die nötige Weisung zu erlassen.“ Der Magistrat kann nur die dringenden Wünsche Ausdruck geben, daß zur Vermeidung der Wiederkehr solcher den guten Ruf der Stadt und ihre wirtschaftlichen Interessen schwer schädigenden Vorgänge bei Verabredungen auf Änderung gesetzlicher Bestimmungen alles unterlassen werden möge, was nach dem bestehenden Recht ein politisches Einschreiten mit allen seinen nicht vorherzusehenden Konsequenzen mit Notwendigkeit herbeiführen würde. Aber im jetzigen Augenblicke es unternimmt, das in dem bestehenden Gesetz nicht anerkannte Naturrecht auf die Straße zu erzwingen, nimmt eine überaus große Verantwortung auf sich. Der Magistrat warnt eindringlich vor solchem Vorgehen.“ Nach länger, teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen wurde gegen die Stimmen der Nationalisierenden und Mittelständler folgende Erklärung beschlossen: „Mit Rücksicht darauf, daß zur Verhütung der Polizeiverfahren am 13. Februar geeignet ist, sowohl das verfassungsmäßige Recht öffentlicher Kundgebungen und die Sicherheit harmloser Passanten zu gefährden, als auch den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, eruchen wir den Magistrat, an zuständige Stelle Verabredung einzulegen, damit die Wiederkehr solcher Vorgänge vermieden wird.“

Wegen Verleitung zum Aufruhr und Landfriedensbruch ist gegen drei sozialdemokratische Stadtverordnete in Müllersberg des Strafverfahren eingeleitet worden. Alle drei sollen sich nach dem Zeugnis der Polizei an der Spitze des Zuges befunden haben. Auch gegen die, welche bei den Ausschreitungen Verlegungen davongetragen haben, wird das Strafverfahren eingeleitet.

Handwerker und Hansabund.

Aus den Kreisen des Handwerks geht uns folgende Zuschrift zu: In wachsendem Umfange schließen sich auch die Handwerker dem Hansa-Bund an. Die Forderung der mittelständlichen Kreditnot und die Regelung des Submissionswesens sind Aufgaben, deren Bearbeitung vom Hansa-Bund in entscheidender Weise in Angriff genommen sind. Diese Aufgaben sind für den Handwerkerstand weit wichtiger, als der früher von den Konserwativen als Allheilmittel gepriesene Beschäftigungsnachweis, der auch heute noch der Hauptpunkt des Mittelstandsprogramms der konserwativen Partei ist.

Voller Angst über den massenhaften Abfall der früheren Freunde, denen die Reichsfinanzreform die Augen geöffnet hat, sucht die „Kreuzzeitung“ in einem langen Artikel „Handwerkerpolitik der Zukunft“ die bisherige Haltung der konserwativen Partei zu verteidigen und ihre Verdienste um den Handwerkerstand hervorzuheben. Der wiederholt unternommene Versuch, den allgemeinen Beschäftigungsnachweis einzuführen, ist in der Hauptsache das große „Verdienst“ der konserwativen Partei. Die „Kreuzzeitung“ findet es bedauerlich, daß ein großer Teil der Handwerker heute dem Sirenenruf des Bundes Folge leistet und sich damit gewissermaßen zur Bekämpfung der handwerkerfeindlichen Parteien gebrauchen läßt. Demgegenüber ist doch zu betonen, daß der Hansa-Bund garnicht daran denkt, irgend eine Partei als solche zu bekämpfen. Was der Hansa-Bund bekämpft, das sind die Gewerbe, Handel und Industrie schwer schädigenden Übergriffe des Bundes der Landwirte, unter dessen übermächtigen Einfluß die konserwativen Partei allerdings mehr und mehr geraten ist.

Was nun den Beschäftigungsnachweis anbelangt, so ist schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß der bekannte Abgeordnete Jakobskötter, der Führer der konserwativen Handwerkerbewegung, die Unbrauchbarkeit des allgemeinen Beschäftigungsnachweises unter den heutigen wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen erkannt und selbst öffentlich erklärt hat, daß er nichts mehr damit zu tun haben wolle. Dagegen haben Liberale (auch Konserwative) die kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich den veränderten Zeitanforderungen anzupassen, durch Verbesserung der Technik und der Buchführung, der Hebung des Geschmacks usw. bessere Erfolge anzustreben. Diese Mahnung hat den Gewerbe- und Handeltreibenden mehr wirklichen Nutzen gebracht, als

die trügerischen Vorspiegelungen, mit denen man sie von anderer Seite zu fördern suchte und in Wirklichkeit doch nur von dem einzigen Mittel zur Verbesserung ihrer Lage, eben der sach- und zeitgemäßen Arbeit, ablenkte. Ein noch so gutes Examen gibt noch keine Arbeit.

Für die „Handwerkerpolitik der Zukunft“ weiß die „Kreuzzeitung“ nichts anderes als die nicht eben neuen Vorschläge, eine Abänderung der Gewerbeordnung nach der Richtung hin vorzunehmen, daß man für das Selbständigwerden des Handwerkes ein gewisses Lebensalter vorschreibt, und die Stellenprüfung obligatorisch zu machen. Das sind seit langer Zeit zwei Wünsche des Handwerks, die einer gewissen Berechtigung nicht entbehren; Arbeit geben aber auch sie noch nicht. Zunächst, die Forderungen der „Kreuzzeitung“ im Interesse der Handwerker sind sehr bescheiden! Wer durch die Erfüllung dieser Forderungen die Handwerkerlage gelöst zu haben glaubt, der hat ihren Sinn nicht erfaßt. Wenn die Programm wirklich weiter nichts für das Handwerk enthält, dann haben die Handwerker allen Grund, sich andere und bessere Freunde zu suchen.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhause (Sitzung vom 23. Februar.) Das Abgeordnetenhause erledigte zunächst am Mittwoch die Sache des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Obererziehungsausschusses. Darauf nahm das Hause die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern in Angriff. Der freisinnige Abg. Dr. Bachmide sprach bei dem Titel, der die Verordnungen des Innern vorstellt, seine Verurteilung darüber aus, daß bei der Beratung dieser Verordnungen endlich sachliche Momente gänzlich ausgeschaltet seien. In der Generaldebatte beim Titel des Ministeriums forderte der Zentrumsdemokr. Dr. Bell zunächst eine Reform des Kommunalwahlrechts. Mit großer Empörung behandelte er dann eine unter dem Wadonum „Germanicus“ erschiene Broschüre „Fürst Wladim und seine Zeit“, in der nach seiner Behauptung unerhörte Beschimpfungen der Reichsregierung durch den Kaiser zu finden seien. Das außerordentliche sei, daß diese Broschüre vom Minister des Innern eine ganz besondere Berücksichtigung und Empfehlung gefunden habe. Der Minister des Innern o. M. hatte erwidert, daß er die Schrift durchaus nicht empfohlen habe, er habe sie lediglich in der „Berliner Korrespondenz“ erwähnen lassen, nachdem sie bereits vorher in anderen politischen Zeitungen erwähnt worden war. Der Minister erfuhr aber bei allen Parteien des Hauses eine scharfe Abmahnung. Nach 1/2 Uhr ein Beratungsausschuss abgelehnt wurde, gelang es dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Heberich das Wort, um in ausführlicher Weise die Broschüre der preussischen Verwaltungsbehörden namentlich in bezug auf die Handhabung des Vereins- und Verfallensgesetzes der Reichsregierung zu kritisieren. Er kam auch auf die rechtliche Seite des Falles zu sprechen, bei deren er die Schuld für die Mißvertretung auf die Polizei gab. Als weiteres Kompensationsmittel stellte er den politischen Waffenstillstand in Aussicht. Der Minister o. M. hatte nach die angegriffenen Polizeibeamten in Schutz, die nur in der Notwehr gehandelt hätten. Er verlas einen Polizeibericht über die bekannten Vorgänge in Frankfurt a. M., in dem mitgeteilt wird, daß die Demonstranten sich mit Messern, geizenden Revolvern bewaffnet, und mit Waffen zum Werfen versehen hätten. Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Provinz und Umgegend.

Halle, 23. Febr. Der Stadtverordnetenversammlung ging ein schmerzlicher, vom fünfzigsten Stadtvorordneten, und zwar vier Sozialdemokraten und elf Vürgerlichen, unterzeichneten Antrag zu: „Das Kollegium wolle beschließen, gemeinsam mit dem Magistrat bei der Staatsregierung unverzüglich dahin vorstellig zu werden, daß das Gesetz für die Wahlen zum Abgeordnetenhause in einer den Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, insbesondere durch Neueinteilung der Wahlkreise den Städten der Einfluß gesichert wird, der der Steuerleistung und der Einwohnerzahl entspricht.“

Cardelegen, 24. Febr. Die zuständigen Minister haben nunmehr genehmigt, daß sich der preussische Staat an der für die Kleinbahn Cardelegen-Neuhaldensleben zu gründenden Aktiengesellschaft beteiligt. Der Staat übernimmt gleichberechtigte Stammaktien im Betrage von 597 000 M. Mit der Gründung der Gesellschaft und dem Bahnbau kann nunmehr begonnen werden.

Wedding, 24. Febr. Die 12. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 165 wurde wegen Scharlachverdrachts isoliert.

Herrnhut, 23. Febr. Aus dem hiesigen Gefängnis entpfaug in der vergangenen Nacht der Mörder Heinrich Ablung. Wie berichtet, war er am Sonntag verhaftet worden, weil er den Maurer Kaysner ermordet hatte. Die sofort aufgenommene Verfolgung des Entsprungenen war ergebnislos.

Deffau, 24. Febr. Der unter dem Verdacht des Totschlags an dem Rentierkarras freckbrüchlich verfolgte Arbeiter Dito Kddeck ist gefahren in

Magdeburg verhaftet worden. Ursprünglich wurde angenommen, daß Karras einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. Nach dem Ergebnis der bisherigen Untersuchung nimmt die Staatsanwaltschaft jedoch an, daß höchstwahrscheinlich ein Diebstahl von Karras übersehen worden ist. Beide sind dabei jedenfalls ins Handgelenge gekommen, wobei höchstwahrscheinlich der Mann erschlagen hat. — Der Berliner Kriminalpolizei ist es nach eifrigen Bemühungen gelungen, von dem feinerget durch den Einbrecherkönig Risch bei dem Einbruch in die Landeshauptkasse geraubten Gelde den Betrag von 4000 Mark in einem geheimen Depot, das eine der hinter dem Einbrecher stehenden Personen, Frau Nischen in Berlin, angelegt hatte, ausfindig zu machen.

† Witterfeld, 24. Febr. Das Luftschiff P. IV unternahm am Mittwoch nachmittags einen Ausflug, bei welchem ein elektrischer Signalapparat erprobt wurde. Der Versuch fiel zu voller Zufriedenheit aus. Besonders haben sich zwei große unter dem Ballon ammontierte Fächer gut bewährt, auf welche optische Signale geworfen werden. — Vorher hatte der keine Sportballon P. V eine kurze Fahrt unternommen.

† Stendal, 24. Febr. Welche Folgen die Zigarettensteuer hat, spüren jetzt auch die hiesigen Zigarettenarbeiter. Am 19. Februar mußte die alte Firma F. Hof, Hallstraße, ihren sämtlichen 15 Arbeitern (drei davon sind 30 Jahre schon bei der Firma tätig) kündigen. Bei der Firma Wiltz, Schulz steht der Betrieb fast eintritt der Steuer still. Ein Weiterverkauf zu alten Preisen ist unmöglich, und das Publikum will nicht mehr bezahlen und schränkt sich ein. In letzter Woche ist im deutschen Zigarettenwerk wieder über 1000 Zigarettenarbeiter gekündigt worden. Weitere Entlassungen werden überall angekündigt. Mit diesen fünf bis jetzt 54000 arbeitslos und werden Staatsunterstützung bekommen. Man zählt diesen Leuten nach Beweis, daß gar keine andere Arbeit vorhanden ist, endlich zwei Drittel ihres im letzten Jahr verdienten Lohnes als Unterstützung.

† Leipzig, 23. Febr. Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete zwei gefährliche Einbrecher, einen 33jährigen Handarbeiter und einen 27jährigen Arbeiter von hier, bei denen man viele aus Diebstählen und Einbrüchen herrührende Sachen vorfand. (Eine 27-jährige Kellerin, die Geliebte des einen Verhafteten, wurde unter dem Verdacht der Hehlerei festgenommen.)

## Lokalnachrichten.

Merseburg, den 24. Februar 1910.

Das Kasse Examen. Ob das Miturviertelnamen wirklich so schlimm ist, nichts, als eine Art von moderner wissenschaftlicher Folter, eine Art von Bissjektion, die nicht an unvernünftigen Tieren, sondern an äußerst vernünftigen Exemplaren der Spezies homo sapiens verübt wird? Vielleicht hat es auch ein paar gute Seiten an sich. Daß es bisher durch lange Jahrhunderte sich erhalten hat, will zwar nicht bejagen, denn es gibt manchen Boy, der noch länger dem Volk im Nacken baumelt und immer noch auf die abschneidende Schere wartet. Ebenso wenig ist darauf Gewicht zu legen, daß die zu examinierende Jugend das Altitrium nur als Schredgespenst ansieht, das ihr vorher und noch oft nachher im Traume erscheint. Denn wer hätte nicht in späteren Jahren längst in Amt und Würden noch oft nachlässigeweile im Examen geessen und schweißgebadet erwacht, mit einem Seufzer der Erleichterung ausgerufen: Gott Lob, es war nur ein Examen! Wenn man aber, allen Examenkandidaten entkräft, auf dem sicheren Ufer des erlangten Berufes sitzt, dann betrachtet man die Sache doch mit anderen Augen. Wer etwas gelernt hat, hat auch den Wunsch, es zu zeigen. Die gewonnene Kraft will Proben ablegen. Und gerade, wenn der junge Mann im Begriff ist, einen Beruf zu wählen, ist es ihm von Wert zu wissen: ich kann etwas leisten. Wer sein Examen hinter sich hat, hat ein gut Teil Ängstlichkeit verloren, hat an Selbstvertrauen gewonnen, und das ist immerhin etwas wert im Leben. Der fleißig gewesene Schüler weiß auch, daß er sich nicht zu fürchten braucht, und dem faulen, oder sagen wir: weniger fleißigen (denn in der Prima gibt es keine Faulpelze mehr) ist es ganz heilsam, zu wissen, es heißt einmal: tue Rechnung von deinem Faulhalten. So ein Examen ist gar nicht etwas so fürchterliches. Wer überhaupt zugelassen wird, darf so ziemlich sicher sein, daß er durchkommt. An den Lehrern, die er so oft als Feinde angesehen hat, besitzt er gewissermaßen Verbündete. Sie wollen ihn gar nicht „rein legen“, und vermeiden oft wohlwollend, Fragen zu stellen, von denen sie wissen, sie bleiben voraussichtlich unbeantwortet. Sie kennen ja ihre Wappensteinen. So ist es denn also eigentlich weniger eine Prüfung als vielmehr eine Art Repetitionsstunde, die nur mit etwas Feindschaft umkleidet ist. Nach jeder, der „durchgekommen“ war, hat nachher versichert: so leicht hatte ich mir's nicht vorgestellt. Darum bloß nicht ängstlich! Bange machen gilt nicht. Ein deutscher Jüngling fürchtet sich vor ein paar Prüfungsfunden nicht. Aber er ist auch nicht leichtsinnig, und leicht-

sinnig zu machen ist durchaus nicht der Zweck dieser Zeilen.

Das Landgestüt Kreuz bei Halle macht bekannt, daß zur Benutzung seitens der Pferdezüchter von Mitte Februar an bis Ende Juni d. J. auf den nachstehend genannten Destillationen Beschläger des Königl. Preussisch-Sächsischen Landgestüts aufgestellt worden sind: Merseburg 2 (Lauchthofer Straße 24, „Deutscher Hof“), Lützen 2, Niederschönau 2, Beschläger 2. Für die Benutzung der Landbeschläger sind die in den öffentlichen Aushängen der Destillationen angegebenen Bedingungen maßgebend.

Der Hausbesitzer-Verein hielt am Mittwoch abend im Herzog Christian seine ordentliche General-Versammlung ab, die verhältnismäßig schwach besucht war. Der Vorsitzende, Herr Rechnungsrat Klein, eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßung und widmete dem verstorbenen Handelskammer Richter, der lange Jahre dem Hausbesitzer-Verein als Vorstandsmitglied angehört, einen ehrenvollen Nachruf. Zum Danken an den Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Anschließend verlas der stellv. Schriftführer, Herr Lehrer Simon, das Protokoll der letzten Versammlung, worauf der Vorsitzende mitteilte, daß auf die letzte Eingabe an den Magistrat, die Hauptstraßen der Stadt mehr als zweimal wöchentlich reinigen zu lassen, die Antwort eingegangen ist. Diese lehnt das Geruch ab, da der Magistrat eine ständige Reinigung, als wie jetzt geschieht, nicht für notwendig erachtet. Sollte größerer Schmutz sich bemerkbar machen, so wird selbstverständlich sofort für die Beseitigung seitens der Stadt Sorge getragen. Die Polizeiverwaltung teilt ferner mit, daß am 1. Januar d. J. hier 17 Wohnungen nicht vermietet waren. Weitere Mitteilungen betreffen geschäftliche Angelegenheiten, wie Versicherungen usw. Den Jahresbericht erstattete Herr Lehrer Simon. Aus demselben ist zu entnehmen: Dem Verein gehörten 495 Mitglieder an. Der Kassenbestand betrug am Jahresabschluss 1022 Mark. Sehr lebhaft beschäftigte den Verein im Berichtsjahre die Einrichtung der Müllabfuhr, die jetzt 199 Teilnehmer hat und gute Fortschritte macht. Der Wohnungsnachweis hat sich gut bewährt. Wenig Glück hat der Verein mit Eingaben der verschiedensten Art an den Magistrat gehabt, die durchgängig abschlägig beschieden wurden. Der Vorstand ist auch mit dem hiesigen Mieter-Verein zwecks Abfassung eines Vertrages wiederholt in Verbindung getreten. Hervorgehoben wird, daß auch fernherin das gute Einvernehmen zwischen Mietern und Vermietern in hiesiger Stadt wünschenswert erscheint. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer, Herr Kaufmann Franz. Danach beträgt die Einnahme inkl. vorjährigen Bestand 1822 Mk., die Ausgabe 800 Mk., so daß ein Bestand von 1022 Mk. verbleibt, 97 Mk. weniger als im Vorjahre. Die Hauptausgaben hat die Einrichtung der Müllabfuhr verursacht, die allein 302 Mk. Kosten verursacht hat. — Die Neu- und Ergänzungswahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Wiedergewählt wurden die Herren Rentier W. Bergmann und Privatmann W. Hirschfeld, neugewählt die Herren Baumeister Robert Schreyer, Schlossmeister Frauenheim und Kaufmann Roenneke. — Eine Abänderung der Satzungen wurde nicht beliebt. — Den Jahresbeitrag setzte die Versammlung wieder auf 1 Mk. fest. — Zu dem Punkte „Müllabfuhr“ wurde anerkannt, daß die Einrichtung jetzt gut funktioniert und alle Teilnehmer zufrieden sind. Es ist zu hoffen, daß sich die Teilnehmerzahl noch weiter erhöht, was im Interesse des Unternehmers nur zu begrüßen wäre. Es wird gebeten, in Mitteilungsreisen noch weiter dafür Propaganda zu machen. Über die Aufsehung des Mietvertrages referierte Herr Rechtsanwalt Dr. Kademacher. Er erläuterte sehr eingehend die im Einverständnis mit dem Vorstand des Mietervereins vereinbarten Bestimmungen des Mietvertrages und hob hierbei die wesentlichen Abänderungen gegenüber dem alten Vertrage des Hausbesitzervereins hervor. Anerkannt wurde, daß der neue Vertrag allen billigen Anforderungen und Forderungen seitens der Mieter wie auch der Mieter entspricht und den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches gerecht wird. Eine lebhafte Besprechung forderte noch verschiedene Punkte zu Tage, die auch Aufnahmen in den Vertrag finden sollen. Dem Vertragsentwurf stimmte die Versammlung schließlich einstimmig zu. Dem Vorstand wurde anschließend der Dank dafür zum Ausdruck gebracht, daß es ihm gelungen ist, in dem Vertrage eine endgültige beiderseitig zufriedenstellende Einigung herbeigeführt zu haben. — Bei dem Punkte „Verschiedenes“ kam zur Sprache, daß es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß die hiesige Polizeiverwaltung schwebenden Prozessen vorgegriffen hat, indem sie bei angeblich leuchten Wohnungen den Mieter ohne weiteres und ohne Anbahnung des Vermieters ermächtigte, die Wohnung sofort ohne Mietszahlung zu räumen. Mit scharfen aber treffenden Worten wurde dieses den Hausbesitzer ungemünst schädigende Verfahren gekennzeichnet, bei dem die Schuld in der Hauptsache doch

auch den Mieter treffen kann, der durch unsachgemäße Behandlung der Wohnung den leuchten Zustand derselben erst herbeigeführt hat. Der Hausbesitzer-Verein richtet daher an alle Hausbesitzer das Gerüchen, derartige Fälle dem Vereinsanwalt zur Kenntnis zu bringen, da hinsichtlich dieses, anscheinend hier in Wobde gefommenen Verfahrens unserer Polizeibehörden, eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden soll. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft, worauf der Vorsitzende die Versammlung gegen 12 Uhr schloß.

Ein Selbstmordversuch unternahm gestern der etwa 20jährige Handlungsgehilfe H. von hier. Er brachte sich in der elterlichen Wohnung einen Schnitt in die Brust bei und wurde in schwerverletztem Zustande nach dem hiesigen Krankenhaus transportiert. Über die Beweggründe verläutet noch nichts, da H. zurzeit vernehmungsunfähig ist. Wie man uns noch mitteilt, soll die Verletzung eine sehr schwere und wenig Hoffnung auf Wiederherstellung vorhanden sein.

Die ersten Jungen haben worden dieser Tage auf einem Felde an der Ehrensäule von Arbeitern beim Düngerstreuen aufgefunden. Die Tierchen waren gesund und zeigten sich recht munter. Für Dasein und weiteres Gedeihen läßt im Herbst eine gute Regenzeit erwarten, da der erste Saß im Spätkommer bereits fortspaltungsfähig ist und zur Vermehrung des Hafensbestandes mit beiträgt.

## Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen

Frankleben, 22. Febr. Der Kaufmann Richard Hande hier ist zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Frankleben bestellt worden.

Schafstädt, 19. Febr. In der gestern abend stattgefundenen Stadtvorordneten-Versammlung wurde zunächst Kenntnis genommen von der Bestellung der Herren Krenn und Hübner als Ersatz von Montag, Donnerstag und Sonntag. Die königliche Regierung hat für die Beschaffung von Vermitteln für die gemeindliche Fortbildungsschule eine Bewilligung von 100 Mk. bewilligt, wozu Kenntnis genommen wurde. Die Anfertigung einer Zeichnung und eines Auftrages für den Umbau des Maßhafens zum Spritzenhaus und Herstellung eines Auftrages über die Wiederlegung des alten Spritzenhauses ist dem Baumeister Krenn übertragen worden. Nach den angefertigten Plänen und Zeichnungen sollen dann Öferten eingeholt werden. Der Haushaltsplan der Kammer- und Armenkasse für das Rechnungsjahr 1910 wurde nach den Vorschlägen des Magistrats einstimmig angenommen.

Lützen, 23. Febr. In der letzten Stadtvorordneten-Versammlung wurde anstelle des verstorbenen Buchdruckereibesitzer Karl Finzel zum unbedenklichen Magistrats-Rat Herr Rentier Franz Freytag und zum Schiedsmann-Stellvertreter Stadtrat Paul Paschke gewählt.

Vaupsa, 23. Febr. Zu dem geplanten Bau eines Schilf- und Vauksa hat der Auersitzer Kreisrat beschlossen, dem Kreis Charlitzberga 84000 Mk. zu bewilligen, wenn ihm dazu seitens der Interessenten die Hälfte dieser Summe zur Verfügung gestellt wird. Vaupsa soll für die Grundbesitzer 20000 Mk. beitragen. Diese Summe wird als einmalige Abfindung bewilligt.

Schleußig, 21. Febr. Über den Stand der Verhandlungen bezüglich der Außenbahn von Leipzig nach Schöndorf gehen den V. N. folgende Mitteilungen zu: Nachdem vor kurzem in Gegenwart des Regierungspräsidenten ein Votaterrin des Bezirkshauptamtes stattgefunden hatte, ist jetzt seitens des letzteren eine Entscheidung ergangen. Derselbe weist die Eingriffe der Gemeindevertretungen und Interessenten aus Papig und Mobeitz gegen den von der Gesellschaft aufgestellten und von den Aufsichtsböden gebilligten Plan erneut als vollkommen unbedenklich zurück und spricht wiederholt aus, daß die in dem Plan vorgesehene Anstufung als die einzig richtige betrachtet werden müsse. Nachdem seit Aufhebung des ersten Planfeststellungsbeschlusses durch den Minister annähernd 6 Monate vergangen sind, ist anzunehmen, daß der letzten Entscheidung, die sich im wesentlichen mit der früheren deckt, eine eingehende Erwägung und Prüfung vorangegangen ist. Somit wird sich die öffentliche Meinung wohl kaum im Unrecht befinden, wenn sie, wie dies wiederholt zum Ausdruck gebracht ist, dem Widerstand der fraglichen Gemeindevertretungen und Interessenten gegen die Fertigstellung der Linie auf das Schärfste verurteilt. Die Allgemeinheit glaubt, seit Monaten ein Unrecht darauf zu haben, daß das der Befriedigung der Verkehrszwecke dienende Unternehmen nimmer endlich dem Betriebe übergeben wird, und darf wohl Anspruch darauf machen, daß die letzte Instanz, falls dieselbe wirklich noch anzufassen werden sollte, mit möglicher Beschleunigung nachzugehen ist. Somit wird sich die öffentliche Meinung wohl kaum im Unrecht befinden, wenn sie, wie dies wiederholt zum Ausdruck gebracht ist, dem Widerstand der fraglichen Gemeindevertretungen und Interessenten gegen die Fertigstellung der Linie auf das Schärfste verurteilt. Die Allgemeinheit glaubt, seit Monaten ein Unrecht darauf zu haben, daß das der Befriedigung der Verkehrszwecke dienende Unternehmen nimmer endlich dem Betriebe übergeben wird, und darf wohl Anspruch darauf machen, daß die letzte Instanz, falls dieselbe wirklich noch anzufassen werden sollte, mit möglicher Beschleunigung nachzugehen ist. Somit wird sich die öffentliche Meinung wohl kaum im Unrecht befinden, wenn sie, wie dies wiederholt zum Ausdruck gebracht ist, dem Widerstand der fraglichen Gemeindevertretungen und Interessenten gegen die Fertigstellung der Linie auf das Schärfste verurteilt.

Schleußig, 24. Febr. Von dem Geschäft einer hiesigen Rauchwarenhandlung, welches regelmäßig Felle von Leipzig nach Schleußig befördert, wurden am Dienstag gegen abend, während sich das Geschäft noch in Leipzig befand, sogenannte Schwänzen, die zur Fabrication von Was bestimmt sind, und für einen hiesigen Wollfabrikanten bestimmt waren, gestohlen. Das gestohlene Gut, dessen Dichte nicht ermittelt werden konnte, hat einen Wert von 700 bis 800 Mark.

## Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 5 Jahren, am 24. Februar 1905, erfolgte der Beschluß des Simphonie-Zunneles, zur Simphonie-Bahn a. h. zu gehen, und damit wurde eines der größten Baueure der Kunst seiner Vollendung entgegen geführt. Dieser Tunnel, in einer Höhe von 887 Metern bei Krieg beginnend, hat eine Länge von ca. 20.000 Metern und kostet ca. 55 Millionen Franken. Die Bauzeit des Tunnels hat über 5 Jahre un-



**Bekanntmachung.**

Gebührenverzeichnis zu der landespolizeilichen Anordnung, betreffend den Handel und Verkehr mit Schweinen vom 21. Dezember 1909

In Ausführung des § 6 der landespolizeilichen Anordnung vom 24. Dezember 1909, betreffend den Handel und Verkehr mit Schweinen (Amtsblatt Seite 391), werden die Kosten der Untersuchung von Schweinen, falls der Unternehmer und der untersuchende Tierarzt sich nicht gütlich einigen, von mir wie folgt festgesetzt:

1. Für die am Wohnorte des Tierarztes oder in einer Entfernung von weniger als 2 km von dem Wohnorte stattfindenden Untersuchungen sind einschließlich der auszuführenden Bescheinigung an Gebühren zu entrichten:

- für 1 bis 25 Schweine 2 Mk.,
- für 26 bis 50 Schweine 3 Mk.,
- für 51 bis 75 Schweine 4 Mk.,
- für 76 bis 100 Schweine 5 Mk.,
- für mehr als 100 Schweine 6 Mk.

2. Für die Untersuchung von Schweinen in einer Entfernung von mindestens 2 km von dem Wohnorte des Tierarztes einschließlich der auszuführenden Bescheinigung sind an Gebühren zu entrichten:

- für 1 bis 50 Schweine 8 Mk.,
- für mehr als 50 Schweine 10 Mk.

Außerdem sind die Reisekosten, wie sie durch die königliche Verordnung vom 25. Juni 1905, betreffend die Tagelöhner und Reisekosten der Veterinärbeamten festgesetzt sind, jedoch keine Tagelöhner zu entrichten.

3. Für die gelegentlich der Beaufichtigung von Schweinemärkten erfolgende Ausstellung von Gesundheitsbescheinigungen für Marktsweine sind an Gebühren zu entrichten:

- für 3 bis 25 Schweine 1 Mk. — Pf.,
- für 26 bis 50 Schweine 1 Mk. 50 Pf.,
- für 51 bis 75 Schweine 2 Mk. — Pf.,
- für 76 bis 100 Schweine 2 Mk. 50 Pf.,
- für mehr als 100 Schweine 3 Mk. — Pf.

Die nach den Bestimmungen unter 1—3 zu entrichtenden Gebühren dürfen für zusammenhängende Untersuchungen nicht mehr als 15 Mk. betragen.

Bei gleichzeitiger Untersuchung von Schweinen verschiedener Besitzer sind die zu entrichtenden Gebühren und etwaige Reisekosten nach Verhältnis der Zahl der untersuchten Schweine zu verteilen.

Merseburg, den 1. Februar 1910.  
Der königliche Regierungs-Präsident.  
G. v. Effenhart.

Beifolgt der Stadtverordneten-Resolution vom 10. Januar d. J., durch den die im November und Dezember 1909 erfolgten Stadtverordneten-Ergänzungs- und Ersatzwahlen für ungültig erklärt worden sind, hat Rechtstrat erlangt.

Weil die Vorname der Neuwahlen wird zunächst die Liste der stammfähigen Wähler im Kommunalverzechnis vom

25. Febr. bis zum 12. März d. J. öffentlich ausgelegt. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste bei uns Einwendungen erheben.

Merseburg, den 21. Februar 1910.  
Der Magistrat.

**Wohnung am Markte,**

2 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubeh. per 1. April zu vermieten. Zu erst Nordsee Fischballe.

**Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche,**

sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen. Preis 280 Mark.  
Gottfriedstraße 36, im Laden.

Kleine freundliche Wohnung an altere kinderlose Leute oder einzelne Frau zu vermieten und 1. April zu beziehen. Wo sagt die Exped. d. Bl.

**Stube und Kammer** in bestem Hause zum 1. April zu beziehen  
Gutenstraße Nr. 14

**Gut möbliertes Zimmer**

in schöner Lage zum 1. April 1910 zu vermieten. Offerten unter G W 24 an die Exped. d. Bl. erbeten.

**Gut möbl. Zimmer**

zu vermieten Breite Straße 8

**Mehrere Bauustellen**

in der Nähe des Seminars im ganzen oder geteilt zu verkaufen. Offerten unter O 266 an die Exped. d. Bl. erbeten.

**Fast neue Zinkbadewanne**

zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Blattes.

**Ein Paar neue Schürstiefel,**

passend für Konfirmandin, sind zu verkaufen  
Galleische Straße 55, part.

**Ein hochfeiner Gebroek**

und ein Herbol-Überzieher ist preiswert zu verkaufen  
Gutenbergsstraße 1, part. I.

**Deckanzeige.**

1a Döbermann-Bischof Ritter Kuno II von Schwaben (IV D P St III 731, nach Graf Wedigo II von Düringen, Sieger Seltsgräf von Thüringen, 1416/80 1. Staats- und Ehrenpreis), herrlicher, kraftstrotzender, braunroter Rille ohne weis, scharf begrenzte Abzeichen, 62 cm groß, prima 27 cm langer Kopf, kurzer, frummer Rücken, deckt eine Anzahl guter Stüden im Interesse der Jagd für nur Mk. 20,—

Besitzer Oskar Zimmermann, Merseburg, Markt 13.

Seit Jahrzehnten sind



für Herren, Damen und Kinder unübertroffen in Qualität und Ausführung.

Vertreter: Gustav Schwendler, Merseburg, Karlstraße.

**Dünn säen, aber stark düngen!**

Auch für die Frühjahrsbestellung mache sich jeder Landwirt diesen von Wissenschaft und Praxis als richtig anerkannten Ratschlag zur Regel.

**Starke Thomasmehldüngung**

verdient bei den diesjährigen billigen Thomasmehlpreisen

ganz besondere Berücksichtigung.

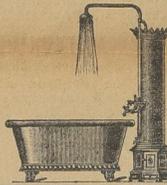
Garantiert reines und vollwertiges Thomasmehl liefert nachbenannte Firma nur in plombierten Säcken mit Schutzmarke und Gehaltsangabe versehen.

Thomasphosphatfabriken  
G. m. b. H. Berlin W. 35.

Wegen Offerte wende man sich an die bekannten Verkaufsstellen oder direkt an die vorgenannte Firma.

**Hermann Müller,**

Klempnermeister,  
Schmale Strasse Nr. 19,  
Zustaltungs-Geschäft,  
Wasserleitungen,  
Badeeinrichtungen,  
Klosetteinrichtungen,  
Gasleitungen.



Von Sonnabend den 26. d. M. steht ein großer Transport

hochtragende Kühe und Kalben,  
sowie nonmilchende Kühe mit Kälbern,  
im Gasthof zum goldenen Hahn zum Verkauf.  
Otto Heilmann.

**Ein großer Wäschestraat**

wird zu kaufen gesucht. Offerten unter 100 G L an die Exped. d. Bl.

**Ein gut erhaltener Kleiderschrank**

ist preiswert zu verkaufen  
Obere Breite Straße 15 I

Ein gut erhaltener eiserner Ofen sowie eine Schaufelbadewanne billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

2 guterhaltene Schreibmaschinen für 60— und 125,— zu verkaufen. Off. mit C C an die Exped. d. Bl.

**Schöner Goldsuchs-Ballack,** guter Einspäuner für Landarbeit, feiner Fleber, schneidet, gang frohm, weit übermäßig für Mk. 260 in gute Hände zu verkaufen.

**Carl Kamprath Weissenfels.** Cubastraße 19, Eisenhandlung

**Unverlesene Kartoffeln,** auch zum Samen gut zu verwenden, Topos und Broden, Zentner 2 Mk., verkauft fortwährend

**Freygang, Große Ritterstraße 7.**

**Geschälte Apfelsinen** empfiehlt

**Edm. Hickethier, Neumarkt 46**

Resortamtliche Redaktion Deud und Verlag von Th. Böhner, Merseburg

**Heiserkeit Husten**

verschwinden bald bei Gebrauch der echten „Süßes Knöterich-Bonbons“ a Paket 25 Pf allein bei: Hermann Emanuel, Gottardt-Drogerie, Merseburg, Wilh. Kieselich, Joh. Kurt Apel, Drogerie, Merseburg, Richard Apper, Drogerie, Merseburg.

**5500**

not. begl. Zeugnisse v. Aerzten und Privaten beweisen, daß

**Kaisers**  
Brust = Karamellen  
mit den drei Zannen

**Husten**

Geiserteit, Verschleimung, Katarrh, Krampf- u. Reizhusten am besten beseitigen. Paket 25 Pf., Dose 50 Pf. Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 60 Pf. Best. feinschmeckend, Malz-Extrakt. Dafür Angebotenes weise zurück. Bides zu haben bei: Otto Glasse in Merseburg. G. Häder, Apt. priv. Apothete in Merseburg. J. Emanuel, Gottardt-Drogerie in Merseburg. A. Schaaf in Merseburg. Wilhelm Kieselich, Adler-Drog. in Merseburg. Paul Gehrig in Merseburg. C. Apelt in Mücheln. C. B. Hülse in Lauchstedt. Reinhold Schimpf in Schafstedt. Herm. Weniger, Neumarkt-Drogerie in Merseburg.

**Zur Frühjahrsbestellung!**

Düngerstreuer (Westfalia), Kultivatoren, 3 und 4 Räder, mit Federzinken und fetten Scharen, Eggen in allen Größen, Pflüge und Ersatzteile, Cambridge- u. Glatwalzen, Drillmaschinen (verstellbare Vöfel und Schrubrad), 1 gebrauchte Drillmaschine (Köffel), neu aufgearbeitet, empfiehlt

**Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte**

B. Bornschein,  
Bad Lauchstedt Bez. Halle.

**Schachts**

**Obstbaumkarbolinum,** Radikalmittel gegen Blut- und Schilddrüsen, Brand- und Krebsgeschäden. 100 G Pf. Mit Wasser zu verdünnen. Nur in der Drogen- und Fortschreibung von

**Oskar Leberl,**  
Burgstraße 18.

**Schluss**

der **Anzeigen-Annahme** für den „Correspondent“

**9 Uhr vormittags.**

Im Interesse der Auftraggeber bitten wir um gefl. Beachtung dieser Schlüssel.

**Grössere Anzeigen** wollen man am Tage vorher aufgeben.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß die Expedition von abends 7 Uhr ab geschlossen ist.

Expedition

des „Merseburger Correspondent“.

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Abholung von unten Nachzahlungen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Botenbänder in der Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Porto. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags. — Während unserer Erscheinungen ist nur mit deutlicher Quotenangabe gestattet. — Für Rückgabe unangelegter Einblendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
sseitig, illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die einsp. Beilagen oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgegend 10 Pf., ferne Kreise 25 Pf., ansonstige pro Zeile 20 Pf., im Restemittel 40 Pf. Bei komplizierten Satz entsprechenden Aufschlag. Gebühr für Ortsanzeigen nach Vereinbarung. Für Nachbildungen und Offertenanfragen besondere Berechnung, nach Anweisung des Schriftleiters. — Annahmestelle für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis 12 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 47.

Freitag den 25. Februar 1910.

36. Jahrg.

## Zu den Beschlüssen der Wahlrechtskommission

Schreibt man uns aus parlamentarischen Kreisen: Die überraschenden Beschlüsse, die die Wahlrechtskommission gefaßt hat, sind ein Ausfluß des fraktionellen Eigenwunsches und einer vollen politischen Strupellosigkeit auf Seiten der Urheber dieser Beschlüsse. Die Regierung hatte die Einführung der direkten Wahl vorgeschlagen, weil die indirekte Wahl sich gänzlich überlebt habe, dagegen die geheime Wahl als unannehmbare erklärt. Bis letzten Dienstag hatten auch die Konservativen die geheime Wahl für verabschiedungswürdig angesehen, gegen die direkte Wahl dagegen nur „Bedenken“ geäußert. Das Zentrum war mit der Regierung davon überzeugt, daß die indirekte Wahl ein Übel sei. Nun haben plötzlich die Konservativen die geheime Wahl für annehmbar erklärt, wenn man ihnen dagegen die indirekte Wahl zugeht, und das Zentrum hat sich hierzu herbeigelassen. Es ergibt sich hieraus mit Deutlichkeit — was jeder Unbefangene allerdings längst schon wußte —, daß der Widerspruch der Konservativen gegen die geheime Wahl nicht diejenige Gründe hatte, zu denen man sich öffentlich bekannte, sondern lediglich die Aufrechterhaltung der eigenen Marktstellung bezweckte unter Hintanlegung jeglicher Rücksicht auf die durch die Öffentlichkeit der Wahl bedrückten Volksteile. Nun haben die Konservativen bei genauerem Studium der Verhältnisse entdeckt, daß die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene sogenannte Durchschlüßung der Stimmen ihnen in zahlreichen Wahlkreisen gefährlich werden könnte, indem sie den Einfluß der größeren städtischen Wahlkreise vergrößert. Andererseits haben sie sich davon überzeugt, daß die geheime Wahl, wenn sie mit der indirekten Wahl verbunden wird, zum großen Teil ihnen dieselben Beeinträchtigungen ermöglicht, die sie mit der öffentlichen Wahl bezwecken; denn der Wahlmann muß sich öffentlich aufstellen lassen, und es ist in den einzelnen Abteilungen der kleinen Urwahlbezirke gerade in bestreuten Wahlkreisen auch bei geheimer Abstimmung sehr leicht möglich, zu wissen, wo der Wähler gewählt hat. Daraufhin haben sie allen ihren moralischen Bedenken gegen die geheime Wahl den Abschied gegeben und im Verein mit dem Zentrum, das ebenjotig zu rechnen versteht wie die Konservativen, die Regierungsvorlage in ihr absolutes Gegenteil verkehrt: nicht öffentlich, sondern geheim, dafür aber nicht direkt, sondern indirekt und statt der Durchschlüßung der Stimmen durch den Wahlbesitz Rückkehr zum alten „wohlbewährten“ System. Öffentlich wird die Zustimmung der Nationalliberalen zu diesem durchsichtigen Manöver keine ergüßliche sein. Es ist zu erwarten, daß das preussische Volk gegen dieses faktilarische Postenspiel sich mit noch stärkerer Entschiedenheit wendet, als gegen die Regierungsvorlage.

Das Abstimmungsergebnis über den Kompromißantrag der Konservativen und des Zentrums auf Beibehaltung der indirekten und Einführung der geheimen Wahl gestaltete sich in der Dienstagssitzung der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses im einzelnen wie folgt: Gegen den Antrag haben gestimmt die drei Freisinnigen, drei Freikonservativen (der vierte fehlte bei der Abstimmung), ein Pole und ein Sozialdemokrat. Die 16 für den Antrag abgegebenen Stimmen bestanden aus den Konservativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum. Vier Abgeordnete fehlten. Der Vertreter des Polen nahm die gleiche Stellung ein, wie die Freisinnigen; er wandte sich gegen die Verkopplung von geheimer und direkter Wahl und stimmte dann, als die Mehrheit auf dieser Verkopplung bestand, gegen den ganzen Antrag.

Das Zentrum läßt sich eine Hintertür offen, um im letzten Augenblick immer noch einschließen zu können. Die „Germ.“ setzt in einem Artikel, in dem sehr viel von „Prinzipien“ die Rede ist, im übrigen aber die Annahme des kombinierten Antrags als ein großer Erfolg des Zentrums gepriesen

wird, auseinander, daß es bei der zweiten Lesung in der Kommission noch anders kommen kann. Sie schreibt: „Wer weiß denn heute, wie die Regierung und die Parteien sich in der zweiten Lesung der Kommission oder in dem späteren Stadium der Verhandlungen stellen werden? Auch die Vertreter der Zentrumsfraktion in der Wahlrechtskommission haben vor ihrer Abstimmung ausdrücklich erklärt, daß dieselbe nur eine vorläufige sein werde.“

## Preußen und das Reich.

Jüngst hat der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhause darauf aufmerksam gemacht, daß Preußen bei der Einziehung und Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern etwa 12 Millionen Mark aufsehe. Im Anschluß hieran wird offiziell aus Berlin geschrieben: Es ist nicht die einzige Ausgabe, die Preußen für das Reich opfert. Auf die Matrifalarumlagen, die etwa 30 Millionen Mark für Preußen betragen, und die in dieser Höhe vorläufig auf 5 Jahre festgelegt wurden, soll dabei gar nicht verwiesen werden. Es gibt aber eine noch höhere Summe, die Preußen jährlich dem Reiche darbringt, und zwar diejenige, die mehr an preussischen Eisenbahneinnahmen aufkommen würde, wenn die Reichspost die Leistungen der Eisenbahnverwaltung für Zwecke des Postdienstes voll vergüteten würde. Das geschieht bekanntlich nicht. Noch in der letzten dem Abgeordnetenhause vorgelegten Übersicht über die Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung wird die Minderung der Einnahmen, die dadurch der letzteren erwachsen ist, für 1908 auf 41,3 Millionen Mark angegeben. Es wird berechnet, daß die Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung für die Postbeförderung 52,4 Millionen Mark betragen. Die von der Post an die Eisenbahn gezahlten Vergütungen einschließlich der Vergütung für die Gestaltung der Eisenbahnwagen zur Postbeförderung hat aber nur 11,1 Millionen Mark ausgemacht. Die Differenz zwischen beiden Summen ist für 1908 der Eisenbahnverwaltung an Einnahmen entgangen. Mit anderen Worten, Preußen hat im Jahre 1908 für das Reich 41,3 Millionen Mark geopfert. Es gibt aber in das gleiche Gebiet schlagende Summen, die für die Erhaltung des Reiches an Preußen zu zahlen werden, ganz Deutschland zugute. Es ist nicht zu bestreiten, daß Preußen als führender Reichsfinanzier Opfer bringt. Auch bringt Würde Würde. Aber ein finanzielles Opfer in gewissen Grenzen ist es auch durchaus angemessen für vom Reiche an Preußen zu zahlen für die Verwaltung der Zölle und in Verhandlungen zu schweben. Sodann ist es, wie den gegenwärtigen, auf die Zeiten, die die Allgemeinheit bringt, hinzuzurechnen.

## Wohnungsgeldzuschüsse in

Eine parlamentarische Korrespondenz über im konservativen Fahrwasser schon dem vielfach unbenutzen von liberalen gedruckt wird, verbreitet die Meldung, zum Wohnungsgeldgesetz vor dem Abgeordnetenhause nicht zugehen werde, Fraktionen, namentlich der liberalen, zugestimmt worden sei, eine Ausgleichung der Wohnungsgeldbemessung im Reiche herbeizuführen; diejenige Beamten, die durch die Regelung zum 1. April 1910 hergestellt werden, wären, mögen nun ein Jahr warten.

Hier wird also den Liberalen die Schuld an dem Zukunftskommen der Beamten zugeschrieben. Nach einer Mitteilung, die der „Magd. Bl.“ von liberaler Seite zuteil wird, ist diese Darstellung irreführend. Der Tatbestand wird vielmehr folgendermaßen geschildert: Es hat am vorigen Freitag im preussischen Finanzministerium eine Besprechung mit Vertretern der

Parteien des Abgeordnetenhauses stattgefunden. Diese ist auf den nächsten Freitag, also den 25. Februar, vertagt worden, und zwar nicht wegen Schwierigkeiten, die die Liberalen machten, sondern weil andere Parteirepräsentanten noch nicht zu Erklärungen ermächtigt waren. Vor der Besprechung vom nächsten Freitag kann man also von einer Entscheidung in der Sache noch nicht reden.

Daß von liberalen Abgeordneten eine glatten Annahme der Reichsbestimmungen über den Wohnungsgeldzuschuß Bedenken entgegengesetzt werden, ist allerdings richtig. Es geschieht das aber lediglich, um eine Delfassierung der preussischen Orte zu verhindern. Die Aufgabe bleibt bestehen, daß die neu hinzuziehenden Beamten schlechter gestellt sein würden, als wenn die Orte eben nicht befristet werden. Wenn demnach liberale Abgeordnete Widerstand leisten, so tun sie das im Interesse der Beamten, die in den vom Reiche befristeten Orten Wohnung erhalten würden. Für das Verhalten der Liberalen ist irgend ein anderer Grund, als die Rücksicht auf die Beamten, nicht wirksam. Würden die Beamten nicht geächtet, so könnten die liberalen Abgeordneten mit frohem Herzen für die Ausgleichung der Reiche- und der Staatswohnungsgeldzuschüsse eintreten.

## Blüte der Landwirtschaft.

Die Stimmen aus dem agrarischen Lager mehren sich, daß es der Landwirtschaft wohl geht und sie blüht. Das hat der Freiberger v. Jedlich kürzlich im preussischen Abgeordnetenhause unter verblüffendem Schweigen der Rechten ausgesprochen, das sagte ein agrarisch konservativer Führer des Wahlkreises Anklam-Demmin, von Schwerin-Hohenbrünzow, in dem vielsach der konservativen Kandidat für die nächste Reichstagswahl gesehen wird, in der letzten Sitzung des demminer landwirtschaftlichen Vereins. Das „Demminer Tageblatt“ berichtet darüber folgendes: „Rittergutshäupter von Schwerin-Hohenbrünzow kennzeichnete den hohen Einfluß der Stellung, das Wachstum und landwirtschaftlichen Produkte Reihe von schätzenswerten und Frühjahrsbestellungen. Ein Aeltesten, der sich unter rühen könnte, sei das in fallende hohe Aeltesten chern bei Gelegenheitslicher Betriebe. Ihr Wert Grundlage der gegenwärtigen Diese Unvorsichtigkeit könne tern leicht zum Verderben und Ab der Preise könne sehr gehnt kommen, wo sich die Niedergang befindet. Die Landwirtschaftsförderung ist noch viele solche folgen.“ und diese interessantesten Ausbegegnung. Es ist auch bevo. Schwerin sehr wohl die en hohen Kauf- und über erkennt und schilbert, für die besten beobachtete mit sein? Sollte er nicht den durch unsere Schutzschöhe getriebenen Produktion Preissteigerung für Grund haben? Aber freilich, selbst man so etwas nicht.“

## Der neue Vertrag betreffend die Gotthardbahn.

Der am 13. Oktober 1909 zwischen dem Deutschen Reiche, Italien und der Schweiz abgeschlossene ist, ist dem Reichstage zur Beschlußfassung unterbreitet worden. In der dem Vertrag beigefügten Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß der Übergang der Gotthardbahn aus

